

Freihandel und Sicherheitspolitik

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-154211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Freihandel und Sicherheitspolitik

Mit dem Freihandelsabkommen mit China würde die Schweiz als erster Staat in Europa dermassen nahe mit Peking kooperieren. Seine sicherheitspolitischen Konsequenzen müssen erst durchdacht werden.

Henrique Schneider

Die Verhandlungen eines Freihandelsabkommens (free trade agreement, FTA) zwischen der Schweiz und China rücken näher. Wirtschaftlich ist diese Entwicklung für beide Länder vorteilhaft. China sucht seit geraumer Zeit einen Partner und «Brückenkopf» im industrialisierten Europa. Die Schweiz ist darin eine der prestigeträchtigsten Alternativen, deshalb konnten die chinesischen Zeitungen ihren



China Marine.

Bild: Foxnews

Stolz verkünden, als «die Schweiz Beijings Freundschaft» suchte – wie es dort hiess.¹ Nach dem Abschluss könnten Chinesische Unternehmen von der Schweiz aus operieren, ihre Beziehungen mit den anderen europäischen Ländern knüpfen, hier ein- und verkaufen. Die Schweiz ihrerseits hätte dann einen vereinfachten Zugang zum chinesischen Markt und würde dort von den vergünstigten Importbedingungen profitieren. Das sieht alles gut aus...

Hat sich aber jemand gefragt, welche Nachteile entstehen können? Hat sich jemand gefragt, ob das Freihandelsabkommen auch Konsequenzen für die Schweizerische Sicherheitspolitik hat? Ist dieser Aspekt bei den Verhandlungen überhaupt beurteilt worden? Wird heute darüber diskutiert, ob ein wirtschaftliches Abkommen sicherheitspolitische Implikationen hat? Leider nicht – und dies ist ein Fehler. Doch zunächst ist sich die Frage zu stellen, warum es im FTA überhaupt

geht und dann kann man sich für seine sicherheitspolitische Komponente interessieren.

FTA: Worum geht es?

Für die Schweizer Wirtschaft ist China ein wichtiger Wirtschaftspartner im weltweiten Zusammenhang und der wichtigste in Asien. Im Jahr 2008 exportierte die Schweiz 7,3 Milliarden Franken an Gütern und Dienstleistungen nach China und importierte für 3,9 Milliarden Franken. Gemäss dem Wirtschaftsdachverband *economiesuisse* gehören die Schweizer Unternehmen zu den aktivsten Investoren im Reich der Mitte. Über 300 Schweizer Unternehmen haben in China insgesamt mehr als 700 Niederlassungen und beschäftigten 2008 fast 120 000 Mitarbeitende.²

Am 1. Oktober 2010 hat der Bundesrat das Verhandlungsmandat für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China verabschiedet. Die Verhandlungen sollen Anfang 2011 aufgenommen werden. Die Schweiz strebt dabei ein möglichst umfassendes Abkommen an. Dieses soll auf den WTO-Regeln aufbauen und in verschiedenen für die Schweizer Wirtschaft wichtigen Bereichen (z.B. Warenverkehr, Dienstleistungen, Schutz des geistigen Eigentums) diskriminierungsfreie Marktzugangsbedingungen sichern und zur Stärkung der Rechtssicherheit für den wirtschaftlichen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China sowie zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

China ist seit 2002 der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien. Die bilateralen Handelsbeziehungen entwickeln sich sehr dynamisch. Schon heute ist China weltweit dritt wichtigster Zulieferer der Schweiz und der viert wichtigste Absatzmarkt für Schweizer Exporte (nach der EU, den USA und Japan).³

Die Schweiz und China wollen ihre Beziehungen auch noch auf anderen Ebe-

nen vertiefen: Der politische Dialog, der im September 2007 beschlossen wurde, soll noch in diesem Jahr aufgenommen werden. Ebenfalls für 2011 vorgesehen ist die elfte Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen den beiden Ländern.

Aus ökonomischer Perspektive sind die Wirkungen des FTA durchaus positiv. Auch wenn in gewissen Bereichen, im Immaterialgüterrecht beispielsweise, die Verhandlungen sicherlich zäh werden, ist es durchaus begrüssenswert, wenn Güter und Dienstleistungen möglichst frei ausgetauscht werden können. Freie Märkte führen zu Konkurrenz, was wiederum Effizienzgewinne und Innovation zur Folge hat.

Wirtschaft ist ganzheitlich

Ein Vorbehalt ist jedoch zu berücksichtigen. Wirtschaftliche Beziehungen sind systemisch, das heisst, sie sind nicht auf einfache Ursache-Wirkungsbeziehungen zurückzuführen, sondern fordern systemisches Denken – dies bedeutet, ein Überblick über die langfristige Vernet-



Chinesische Armee-Parade.

Bild: Xinhua

zung und Wirkungsbeziehungen auch weit entfernter Faktoren ist notwendig. Anders gesagt: Wirtschaftspolitik gelingt nur, wenn der «Blick in die nächste Geländekammer» gemacht wird. Und genau zu diesen langfristigen Effekten in einem holistischen Umfeld gehört die Sicherheitspolitik, die nächste Gelände-

kammer der Wirtschaft ist die Sicherheitspolitik.

Nimmt man die Sicherheitspolitik als weit gefassten, systemischen Ansatz, welcher die Aufgabe hat, einem Land Sicherheit und ausserpolitische Positionierungsmöglichkeiten zu geben, dann ist es folgerichtig, dass jedes internationale Abkommen eine politische Komponente hat. Wie kann das Freihandelsabkommen die Schweizerische Sicherheitspolitik beeinflussen?

Die Schweiz für China

China ist ein weltweit handelnder Akteur. Seine Absichten werden zwar nur diskret bekannt gemacht, doch sie sind keinesfalls «lediglich» kommerzieller Art. In Asien operiert Peking bereits primär

«China handelt diskret – aber machtbewusst.»

als politische Macht. Von ihren Partnern wünscht sie sich mehr als wirtschaftliche Kooperation – nämlich auch Unterstützung, politische Mehrheiten zu schaffen. Das Shanghaier Kooperationsabkommen (SOC) wie auch die Konferenz südostasiatischer Staaten (ASEAN) sind im Begriff, sich zu politischen Instrumenten für China zu wandeln.

In Afrika und Zentralasien geht das Reich der Mitte einen ähnlichen Weg. Nach einer Vielzahl von wirtschaftlichen Abkommen – stets gekoppelt an die Kundgebung, China mische sich nicht in innere Angelegenheiten ihrer Partner ein – erwartet Peking nun, dass sich seine Partner nach der allgemeinen Stossrichtung des Politbüros ausrichten.⁴

Es ist – vorerst einmal – unwahrscheinlich, dass China von der Schweiz verlangen oder auch erwarten würde, sich seiner Führung zu unterwerfen oder auch nur anzuschliessen. Es ist aber damit zu rechnen, dass chinesische (Staats-)Unternehmen, die von der Schweiz aus operieren werden, auch die Interessen ihres Staates vertreten. Die Trennung zwischen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Äusseres ist für diese Unternehmen nicht so scharf gezeichnet, wie man meinen könnte. Die Schweizer Aussen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik würde sich gleichwohl in einem europäischen Kontext für den chinesischen Partner faktisch einsetzen oder rechtfertigen müssen.

Mittelfristig ist jedoch damit zu rechnen, dass sich China andere Partner in Europa suchen und diese dann gegeneinander auspielen wird. Spätestens dann wird Peking ebenfalls den Druck auf die politische Ebene erhöhen.

Technologie und Risikoabwägung

Die zweite sicherheitspolitische Implikation des Freihandelsabkommens betrifft den Technologietransfer. Oft erfolgt diese Übertragung nicht gänzlich freiwillig, denn Unternehmen, die sich in China ansiedeln wollen, werden dazu gezwungen, ihre technischen Prozesse offen zu legen. Es ist denkbar, dass nun auch exportierende Unternehmen dazu gebracht werden könnten, ihre Technologien zu teilen.

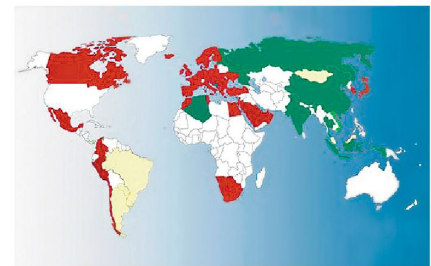
Chinesische Unternehmen, die in der Schweiz als Kunden operieren, können gewisse Güter dazu gebrauchen, sie als Prototyp «zurück-entwickeln» (backwards engineering) zu wollen. Piraterie und versteckte Industriespionage können unsere Industrie im Allgemeinen und die Rüstungsbranche im Speziellen betreffen. Bei der ersten chinesischen Bestellung von Piranhas wird die MOWAG wohl jubilieren; doch das Risiko, dass es nur bei dieser Bestellung bleibt, ist gross. Die Piranhaproduktion könnte aber trotzdem anlaufen – Made in China.

Düstere Szenarien? Sicherlich! Die Vorstellung Chinas als egomanischer Bösewicht ist überzeichnet und dient hier nur der Veranschaulichung möglicher Risiken aus dem Freihandelsabkommen. Jedoch die Vorstellung des Reichs der Mitte als eines Altruisten, der nichts anderes will als das Wohl der anderen, ist schlicht naiv.

«Piranha: Made in China?»

Die Frage ist hier nicht, ob China gut oder böse ist – Peking ist nur ein rationaler Akteur unter vielen. Die Frage ist auch nicht, ob das FTA förderlich ist oder nicht – es ist allemal ein gutes Mittel. Die Frage ist vielmehr, ob die sicherheitspolitischen Implikationen eines solchen Abkommens realistisch und gebührend berücksichtigt wurden und ob mögliche Begleitmassnahmen überlegt wurden.

Die Aufgabe der Sicherheitspolitik ist, ein Land möglichst sicher zu machen



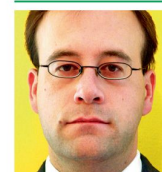
- Bestehende Freihandelsabkommen
- Verhandlungen abgeschlossen
- EFTA-Zusammenarbeitserklärung
- Verhandlungen im Gang / in Vorbereitung
- Machbarkeitsstudien / Exploratorische Kontakte

und es dadurch international zu positionieren. In diesem Sinne ist es die Aufgabe der Schweizer Sicherheitspolitik, mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und genauso frühzeitig dispositive Massnahmen zu treffen, wie ihre Auswirkungen zu minimieren wären. Diese Abschätzung

«Die Aufgabe der Sicherheitspolitik ist, ein Land möglichst sicher zu machen und es dadurch international zu positionieren.»

kann alle möglichen Bereiche betreffen, insbesondere die Wirtschaftspolitik. Die Schweiz ist eine global tätige Volkswirtschaft mit dem Anspruch, in verschiedenen Gebieten führend zu sein. Dazu braucht sie Sicherheit und eine Sicherheitspolitik, die umfassend und strategisch ausgerichtet ist. ■

- 1 Renmin Ribao – People's Daily vom 11. Oktober 2010.
- 2 OSEC 2009, Aussenhandelsstatistik, Bern.
- 3 Bundesrat, Pressemitteilung vom 1. Oktober 2010.
- 4 Stefan Halper 2010, The Beijing Consensus: How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-First Century, New York.



Prof. Dr.
Henrique Schneider
Analyst und Consultant
in Wien
A-2000 Stockerau